

## 345. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 9. September 2013, 19:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Messerli Gregor (FDP)
2. Vizepräsidentin	Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
1. Stimmzähler	Wälti Martin (SVP)
2. Stimmzählerin	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
Mitglieder	Fasel Didier (BDP) Hauser Adrian (BDP) Läderach Christof (BDP) Stocker-Sturzenegger Christine (BDP)  Bergmann Andreas (EVP) Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Suter Harry (EVP) Utiger Heinz (EVP)  Christensen Sven (FDP) Emch Ulrich (FDP) Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP) Kämpfer Erwin (FDP) Kölliker-Trnková Lenka (FDP) Maccaferri-Iseli Barbara (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP)  Brook Liechti Vanessa (GLP) Graf Stefan (GLP)  Aebersold Daniel (SVP) Bernhard Niklaus (SVP) Gfeller Paul (SVP) Hirsbrunner Bruno (SVP) Stucki Simon (SVP) Wälti Sandra (SVP) Wermuth Bruno (SVP)  Büchel-Wampfler Sandra (SP)

Burkhalter-Huber Regula (SP)  
Federer Guido (SP)  
Fröhlich Viktor (SP)  
Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)  
Ramseier-Doevendans Anneke (SP)  
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Jorio Nicola (GLP)  
Jost-Pfister Catarina (GLP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident  
Hauser Ernst  
Lädrach Markus  
Leiser Thomas  
Masciadri Monica  
Moser Christoph

Abteilungsleiter Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung  
Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung  
Reusser Christian, Gemeindeschreiber  
Zugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Delegation Jugendrat Wetli Rachel, Co-Jugendratspräsidentin  
Jörg Simone, Sekretärin

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerin Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung

## Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2013: Genehmigung
3. Gemeindeentwicklung 2014-17: Kenntnisnahme
4. Informatik an den Schulen; Hardwareersatz: Erste Lesung, allenfalls Kreditbewilligung
5. Parlamentarische Vorstösse:
  - 5.1 Postulat der EVP-Fraktion betreffend Platzprobleme im Schulhaus Enggistein
  - 5.2 Interpellation der SP-Fraktion betreffend Tour de Suisse – Keine finanzielle Beteiligung der Gemeinde
  - 5.3 Neueingänge

Ratspräsidentin Kühn-Blank Christa: Ich begrüsse alle zur 345. Sitzung des Grossen Gemeinderates Worb und zur 5. Sitzung in der Legislatur. Besonders begrüssen möchte ich drei neue Ratsmitglieder. Christopher Cetin ersetzt Lukas Zimmermann, der per 20. Juli 2013 seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat eingereicht hat. Wir danken Lukas für sein Engagement für unsere Gemeinde und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft. Sven Christensen ersetzt Jürg Schwarzenbach. Lenka Kölliker tritt an die Stelle von Monica Masciadri, die heute erstmals als Gemeinderätin an einer GGR-Sitzung teilnimmt. Den drei neuen Ratsmitgliedern wünsche ich in ihrem Amt viel Erfolg und Befriedigung.

## Traktandenliste

### Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

## Verhandlungen

## Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	1	2013/17-46	143	12/0/0

### Ratspräsidentin Kühn-Blank Christa:

- Mit den Sitzungsunterlagen ist die Vorankündigung für die Agglomerationstagung vom 1. November 2013, 9.00 bis 16.30 Uhr, in Ittigen verteilt worden. Bitte nur Anmeldungen heute Abend dem Ratssekretariat bekannt geben. Die Kosten übernimmt die Gemeinde.
- Ich kann eine Rückmeldung zu einem weiteren Parlamentsbesuch machen. Martin Wälti und ich haben am 25. Juni 2013 die Sitzungen des Grossen Gemeinderates in Muri besucht. Übrigens in der fensterlosen Aula der Schulanlage Moos. Unser Sitzungslokal ist um einiges schöner. Ich gehe hier nicht auf die Ratsgeschäfte ein, sondern beschränke mich bei meiner heutigen Rückmeldung auf acht Unterschiede zu unseren Sitzungen, die ich beobachtet habe und die eventuell auch bei uns eingeführt werden könnten. Dem Publikum in Muri stehen elegante Besuchermappen mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung. Die Parteien sind auf den Tischen durch Partei-Namensschilder bezeichnet, die Büromitglieder mit Namensschilder. Die Präsenz wird nicht durch Namensaufruf festgestellt, sondern die Mitglieder tragen sich beim Eintreffen auf einer Präsenzliste ein. Die Redner sprechen vom Platz aus, sie stehen dazu auf und sie benützen kein Mikrofon. Es wird in Dialekt gesprochen. Ersatzwahlen in Kommissionen werden durch Abstimmung ermittelt, auch wenn nur eine Kandidatur vorliegt. Der Vizepräsident führt Buch über die Redner. Und der letzte Punkt: Interpellationen werden nur schriftlich beantwortet. Mein Gesamteindruck von diesem Abend: Die Sitzungen wirkten insgesamt formeller und etwas professioneller als bei uns, aber viel weniger volksnah.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales und Planung:

- Der Gemeinderat hat im Frühsommer das Vorgehenskonzept für die Erarbeitung einer Zentrumsgestaltung in Rüfenacht verabschiedet. Ich habe bereits an der letzten GGR-Sitzung im Detail darüber informiert. Bis nach den Herbstferien soll im Rahmen von drei Veranstaltungen ein Vorschlag ausgearbeitet werden, wie das Zentrum von Rüfenacht aufgewertet werden könnte. Damit ist ein allfälliger Einbezug des Projekts in die Teilrevision 2013 der Ortsplanung möglich. An diesem Prozess beteiligen sich bekanntlich folgende Gruppen: Ein Bearbeitungsteam, das aus Vertretern der Ramseier + Stucki Architekten AG, aus Grundeigentümer des Sonnenareals und aus einem Architekturhistoriker sowie aus Fachspezialisten für Landschafts- und Verkehrsplanung besteht. Die Aufgabe des Bearbeitungsteams ist, die eigentliche Zentrumsgestaltung zu planen. Ein fachlich qualifiziertes Begleitteam begleitet und beurteilt die Arbeiten des Bearbeitungsteams. Ihm gehören Mitglieder der Planungskommission sowie Sachverständige für Ortsplanung, Städtebau und Aussenraum an. Der Echoraum als dritte Gruppe bringt die Sicht der betroffenen Bevölkerung in den Planungsprozess ein. Dem Echoraum gehören die direkt betroffenen Grundeigentümer sowie Vertreter der Dorfgemeinschaft Rüfenacht, der Kirche und der politischen Parteien an. Mittlerweile haben bereits zwei Veranstaltungen mit diesem Echoraum stattgefunden. An der ersten Veranstaltung standen die Erwartungen an das Zentrum von Rüfenacht im Fokus. Da wurden die Erwartungen aufgeschrieben. Dabei wurde unter anderem festgestellt, dass sich die Zone K12, zu der die gemeindeeigene Parzelle Alte Bernstrasse 23 gehört, aus Gründen der Topographie eher nicht für den Bau eines Zentrums eignet. Hier steht aus Sicht aller drei Gruppen eine Nutzung für Wohnen im Vordergrund. An der zweiten Veranstaltung haben wir im Echoraum die Zielvorgaben für die weitere Planung bereinigt. Dabei sind folgende wesentliche Zielvorgaben für den weiteren Planungsprozess formuliert worden: Erstens: Die historischen Spuren des Dorfzentrums Rüfenacht sollen in der Planung berücksichtigt werden und soweit als sinnvoll erhalten bleiben. Zweitens: Die gemäss Baureglement gültige Ausnutzungsziffer von 1,0 – 1,2 soll soweit wie möglich ausgeschöpft werden. Man will hier ganz bewusst dem Grundsatz „Innere Verdichtung“ nachleben. Drittens: Auf dem nördlichen Teil des Sonnenareals soll ein Freiraum, ein Platz für Begegnungen geschaffen werden. Wir nehmen hier ein Anliegen auf, welches in der Bevölkerungsbefragung in Rüfenacht besonders stark betont worden ist. Das wäre auf der Seite des Sonnenareals, die von der Strasse abgewendet ist. Viertens: Als Konsequenz der vergangenen beiden Punkte folgt, dass die Bebauung über die drei Geschosse hinausgehen darf, die heute gemäss Baureglement für diese Zone festgeschrieben sind. Die Änderung des Baureglementes würde dann allerdings ein Planerlassverfahren erfordern. Fünftens: Am ehemaligen Standort der Sonne soll ein Gebäude entstehen, welches einen identitätsbildenden Merkpunkt schafft. Dieses Gebäude soll den Dorfeingang klar markieren. Sechstens: Auf dem Sonnenareal sollen zwei Gebäude entstehen. Man will also ausdrücklich keine geschlossene Bauweise entlang der Hauptstrasse. Es soll quasi ein Fenster entstehen, bei dem die Sicht auf den Wald oder die Berge möglich ist. Basierend auf diesen Zielvorgaben erarbeitet das Bearbeitungsteam nun ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept für die betroffenen Zonen. Dieses Konzept wird an der dritten Veranstaltung vom 9. Oktober 2013 im Detail diskutiert. Ich bitte um Kenntnisnahme und lade die Parteien dazu ein, am Mittwochabend, 9. Oktober 2013, ihre Mitsprachemöglichkeit im Kirchgemeindehaus in Rüfenacht wahrzunehmen. An den bisherigen Veranstaltungen war die Besetzung der Parteien nicht sehr hoch und ich würde es sehr schätzen, wenn die Parteien möglichst lückenlos an dieser Veranstaltung teilnehmen.
- Die zweite Mitteilung aus dem Departement Planung betrifft das Forum zwei. Am nächsten Donnerstag, 12. September 2013, findet hier im Bärensaal um 19.00 Uhr das zweite öffentliche Forum zur Ortsplanungsrevision statt. Im Zentrum von diesem Forum steht das Thema „Innere Verdichtung“. Ein Student der ETH aus der Gruppe von Frau Prof. Gret hat im Rahmen einer Semesterarbeit verschiedene Verdichtungsmassnahmen ausgearbeitet, die an diesem Abend präsentiert und dann auch in den Gruppen diskutiert werden sollen. Dabei geht es vor allem um die

Frage, wo und wie können wir in Worb und Rüfenacht „Innere Verdichtung“ vornehmen? Am gleichen Abend geben wir dem Präsident der Kommission Raumplanung, Christian Zahler, Gelegenheit, die Erwartungen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland an die räumliche Entwicklung der Gemeinde Worb zu präsentieren. Ich lade sie herzlich ein, am nächsten Donnerstag um 19.00 Uhr im Bärensaal an diesem Forum teilzunehmen. Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass eure Erwartungen an die neue Ortsplanung und eure Haltungen gegenüber den raumplanerischen Massnahmen früh in die Arbeit eingebracht werden. Ich danke euch schon jetzt für die Zeit, die ihr für diese Sache zur Verfügung stellt.

- Die dritte Mitteilung betrifft das Departement Präsidiales, konkret die Kreditabrechnung des Wisleparcs. Der Gemeinderat ist gegenwärtig daran, die Kreditabrechnung zum Projekt Sportzentrum Hofmatt zu behandeln. Am 16. September 2013 wird die zweite Lesung zu diesem Geschäft durchgeführt. Damit kann die Abrechnung dem GGR in der Sitzung vom 14. Oktober 2013 vorgelegt werden. Die Kreditabrechnung umfasst das ganze Projekt, d.h. die Projektierung, das Auflösen der beiden Genossenschaften, das Gründen der Sportzentrum Worb AG, die Sanierungsarbeiten im Bereich der bestehenden Sportanlagen, das Neubauprojekt mit Gastro, Fitness und Wellness. Es ist damit ein sehr komplexes und umfangreiches Geschäft. Der Gemeinderat bietet den Fraktionen deshalb an, dass Rolf Nöthiger von der ANS und ich euch dieses Geschäft in den Fraktionssitzungen Anfang Oktober 2013 präsentieren und eure ersten Fragen dazu beantworten. Falls erwünscht, kommen wir gerne auf sie zu, damit wir diese Präsentation vorgestellt werden kann.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich informiere euch über den Stand des Projektes Zentralisierung der Oberstufe im Worboden. Am 9. August 2013, Ende der Sommerferien, haben wir zwei Mitwirkungsanlässe durchgeführt, und zwar den einen bei den Lehrpersonen im Worboden und den anderen bei den Lehrpersonen in Rüfenacht. Ich habe dort das Projekt vorgestellt und Sachfragen beantwortet. Danach fand der Mitwirkungsteil statt. Die Lehrpersonen konnten ihre Meinungen und Haltungen zu Chancen/Risiken zu diesem Projekt schriftlich einbringen. Sie konnten auch eigene Ideen formulieren und es gab die Möglichkeit sich zum Thema „Woran sollten wir noch denken“ zu äussern. Diese beiden Anlässe waren ganz unterschiedlich, aber beide fanden in einer angenehmen Atmosphäre statt. Wir haben anschliessend eine Machbarkeitsstudie machen lassen. Ist es überhaupt möglich, die Tagesschule und die beiden Kindergärten in die bestehende Schulanlage zu integrieren? Wir haben eine Idee angeschaut und es ist also tatsächlich möglich, ohne dass irgendwo etwas Neues gebaut werden muss. Am 26. August 2013 hat der öffentliche Mitwirkungsanlass stattgefunden. Ursprünglich sollte der Abend in der Aula stattfinden, wir sind aber vorzeitig in die Turnhalle ausgewichen. Der Andrang war gross und es nahmen sehr viele Leute an diesem Anlass teil. Es ist durchaus verständlich und ich kann dies gut nachvollziehen, dass ich dort nicht wirklich auf Gegenliebe gestossen bin. Alles andere hätte mich verwundert und dies hätte ich dann nicht verstanden. Es ist gut, die Leute wehren sich und setzen sich für die Schule Rüfenacht ein. Dies finde ich etwas Gutes und es zeichnet diese Schule aus. Es ist richtig, dass die Leute das Projekt kritisch hinterfragen und dass sie zuerst die Nachteile sehen. Die Hauptangst besteht natürlich beim Schulweg. Dies ist das wichtigste Anliegen. Wir können keine Verschiebung vornehmen, wenn der Schulweg nicht zumutbar und nicht gesichert ist. Natürlich kommt auch die Haltung, dass Rüfenacht schon wieder etwas weggenommen wird. Es muss uns gelingen, den Mehrwert für die Kinder und die Bildung aufzuzeigen. Ich habe festgestellt, dass Finanzen, auch wenn das mehr kostet in Rüfenacht, auf kein Interesse stösst. Wir müssen aufpassen, dass dieses Projekt kein Sparprojekt wird. Es soll ein möglichst gutes Projekt für alle Beteiligten werden. Die Rückmeldungen sind uns deshalb ganz wichtig. Wir werden sie in den Projektplan einfließen lassen. Die Rückmeldungen haben wir gesammelt, zusammengefasst und seit heute sind sie auf der Website von Worb einsehbar. Wie geht es weiter? Am 18. Oktober 2013 werden wir einen ausführlichen Bericht erstellt haben, wo die Frage des Schulweges abgeklärt sein wird und wo die Fragen

betreffend der Schulorganisation beantwortet wird. Brauchen wir einen Modellwechsel und wie sollte dieser organisiert werden? Wie soll der Umzug organisiert sein? Was kostet uns die ganze Sache, wie rechnet sich dieses Projekt? Es gibt juristische Abklärungen und noch vieles mehr in diesem Bericht. All die Fragen sollen beantwortet werden. Am 4. November 2013 wird der Gemeinderat aufgrund dieses Berichtes entscheiden, ob dieses Projekt überhaupt weiterverfolgt wird oder nicht. Am 17. März 2014 oder allenfalls am 3. Februar 2014 ist vorgesehen, dass das Geschäft hier im Parlament diskutiert wird. Ich dränge aber auf die Zeit. Denn desto früher wir wissen wie es weitergeht, desto mehr Zeit haben wir auch für eine allfällige Umsetzung. Wenn der GGR dann allenfalls ja zu diesem Projekt sagt, dann läuft die fakultative Referendumsfrist. Wir sind am überlegen, weil es doch etwas sehr Entscheidendes ist, ob wir das Geschäft nicht freiwillig vor das Volk bringen sollen. Dies ist ebenfalls eine Möglichkeit. Somit könnten wir sogar schon am 18. Mai 2014 vor das Volk gehen und wir würden Zeit gewinnen. Doch alles hat seine Richtigkeit und wir werden sehen, wie das Projekt weitergeht. Die Umsetzung kommt sowieso nicht vor dem Schuljahr 2015/16. Eine Vorverschiebung auf das Schuljahr 2014/15 ist nicht möglich. Aber mit jeder Woche, die wir gewinnen, können wir uns besser organisieren.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Gerne informiere ich sie über das Friedhofswesen und die momentane Medienpräsenz. Vorab einige Worte zu unserem Reglement. Das Reglement wurde vom GGR an seiner Sitzung am 18. Oktober 2010 genehmigt und am 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt. Damit verfügt die Gemeinde Worb über ein relativ neues Reglement. Wie üblich wurde auch dieses Reglement in der Erarbeitungsphase breit abgestützt und letzten Endes durch den GGR genehmigt. Im Vergleich mit anderen Gemeinden verfügt die Gemeinde Worb über ein zeitgemässes Reglement. In diesem Reglement wird auch die Einfassung, Bepflanzung und der Unterhalt der Gräber geregelt. Die Einfassung der Gräber mit einer geeigneten Dauerbepflanzung erfolgt einheitlich durch die Friedhofverantwortliche Person. Ebenso das Setzen von ausdauernden Pflanzen. Ansonsten ist die Bepflanzung und der Unterhalt Sache der Angehörigen. Sollte eine Bepflanzung störend wirken, darf die Polizeiabteilung nötigenfalls darüber entscheiden. Davon wird jedoch äusserst zurückhaltend Gebrauch gemacht. Das heisst in der Praxis dann, wenn die Bepflanzung den Friedhofalltag stört. In den zwei Fällen, welche in den Medien zu lesen waren, geht es um die Einfassung der Gräber, welche nicht unserem Reglement entspricht. Bei der restlichen Bepflanzung, in diesem Fall den Steinen, wird mit den Angehörigen ein Höchstmass an Gestaltungsfreiheit ermöglicht. Mit den Angehörigen wurde das Gespräch gesucht, die Regelungen erläutert und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Weitere Massnahmen wie eingeschriebene Briefe etc. haben nicht stattgefunden. In einem der Fälle konnte mit den Angehörigen eine Lösung gefunden werden. Die Gemeinde Worb verfügt mit dem Friedhof über eine parkähnlich Anlage, in welcher mit sich wiederholenden landschaftsgestalterischen Elementen gearbeitet wird. Aus landschaftsgärtnerischer Sicht werden neue Wege begangen wie zum Beispiel mit dem Engelsgrab. Von den Besucherinnen und Besuchern des Friedhofs erhalten wir viele Rückmeldungen, mit welchen das Erscheinungsbild und die damit verbundene Arbeit gelobt wird. Es gehört zu den Aufgaben der Friedhofverantwortlichen Person, das Erscheinungsbild des Friedhofs und damit die geltenden Regelungen umzusetzen. Ich darf nicht ohne Stolz sagen, dass wir in Worb einen sehr schönen Friedhof haben. Auf unserem Friedhof sind ca. 1'200 Gräber. Dabei gibt es die eine oder andere Situation, in welcher mit den Angehörigen Kontakt aufgenommen wird und konstruktive Gespräche geführt werden. Zwei Fälle haben nun den Weg in die Medien gefunden.

## Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2013: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	2	2013/17-47	144	12/0/0

### Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

## Gemeindeentwicklung 2013-17: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	3	2013/17-48	752	12/10/5

### Detailberatung

#### Allgemeine Bemerkungen

Federer Guido, GPK: Das Grundlagenpapier Gemeindeentwicklung 2013-2017 beinhaltet die drei Elemente Leitsätze, Entwicklungsziele und Massnahmenpakete. Die Geschäftsprüfungskommission erachtet das Dokument im Grundsatz als sehr handlich und zweckdienlich. Die Strukturierung der Botschaft nach Prioritäten abgestuften Ziele und verschiedene Massnahmenpakete ist jedoch etwas kompliziert dargestellt. So sind Informationen betreffend einzelnen Themen über die ganze Botschaft gestreut. Begrüsst wird, dass für jede Massnahme die Kosten ausgewiesen werden, so müssen die Zahlen nicht in anderen Dokumenten zusammengesucht werden. Zusätzlich wird die Zuständigkeit sowie eine Aussage, welche Ziele unterstützt werden, angegeben, was die Arbeit mit dem Dokument sehr erleichtert. Bereits vor vier Jahren wurde von der Geschäftsprüfungskommission die Frage gestellt, wie das Papier der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird? Aus den Unterlagen und aus der Botschaft ist diese Information wiederum nicht abschliessend zu entnehmen. Mittlerweile haben wir jedoch in der Worber Post gesehen, dass das Leitbild enthalten war. Die Grundlagen und die Legitimationen sind sehr offen formuliert. Auch wenn es sich bei dem Dokument um die Ziele des Gemeinderates handelt, hätte eine Vernehmlassung bei den Fraktionen, die Legitimation des Dokuments nicht unwesentlich erhöht und damit die Realisierungschancen verbessert. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem GGR das Papier Gemeindeentwicklung 2013-17 zur Kenntnis zu nehmen und rege zu nutzen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich beziehe gerne Stellung zu Hinweis der GPK betreffend einer Vernehmlassung der vorliegenden Gemeindeentwicklung bei den Parteien. Der Gemeinderat hat diese Vernehmlassung aus folgenden Gründen nicht vorgesehen. Erstens: In diesem Papier legt er als Gremium ausdrücklich seine Ziele und Absichten an die nächste Legislatur gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung offen. Er gibt damit Auskunft, wie er als Gremium die Gemeinde im Rahmen der angefangenen Legislatur führen wird. Zweitens: Mit dem ausarbeiten und formulieren seiner Ziele nimmt der Gemeinderat seinen Führungsauftrag wahr, der ihm gemäss dem kantonalen Gemeindegesetz und auch gemäss unserer Gemeindeverfassung



zugewiesen wird. „Der Gemeinderat führt die Gemeinde.“ Drittens: Der Gemeinderat hat sich bei der Erarbeitung der Gemeindeentwicklung auf folgende Grundlagen gestützt: Die Bevölkerungsbefragung, die vor einem Jahr durchgeführt worden ist. Aus diesem Papier können die Erwartungen der Bevölkerung an den Gemeinderat entnommen werden. Die hängigen parlamentarischen Vorstösse und schliesslich Grundlagenpapiere wie Altersleitbild, Schulraumplanung und Finanzplanung, die von den entsprechenden Fachgremien ausgearbeitet worden sind. Es ist völlig klar, dass der Gemeinderat die formulierten Ziele nur in Zusammenarbeit mit dem Parlament, mit den Interessengruppen und mit der Bevölkerung umsetzen kann. Der Gemeinderat freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Parlament und der Bevölkerung und hofft auf ein gemeinsames zielstrebiges Umsetzen der Ziele.

Messerli Gregor, FDP: Die FDP begrüsst die Initiative des Gemeinderates zur Festlegung der Gemeindeentwicklung 2013-17. In seinem Vorwort bedient sich der Gemeindepräsident mit einem durchaus passenden Zitat von Erich Fromm. Damit die Gemeindeentwicklung aber kein frommer Wunsch bleibt, erlaube ich mir auf einige Punkte hinzuweisen. Voraussichtlich wird sich die FDP nur einmal zum Geschäft äussern. Bei der Durchsicht der Gemeindeentwicklungsunterlagen fällt beispielsweise auf, dass mehrere Massnahmen Konzepte, allgemeine Überprüfungen, die Entwicklung von Strategien, die Festlegung von Standards beinhalten. Bei rund einem Drittel der Massnahmen ist das der Fall. Da fehlt mir doch ein wenig die konkrete Handlungsorientierung. Ich hätte tatsächlich wenig Verständnis dafür, wenn wir im Jahr 2017 zwar etwas genauer wüssten, wo die Probleme liegen, aber immer noch nicht ganz sicher sind, wie wir sie lösen wollen. Hingegen bin ich durchaus zuversichtlich, dass unsere kompetente Verwaltung in der Lage ist, die Arbeit dazu selbst zu erledigen. Dies muss nicht an teure Beratungsfirmen ausgelagert werden. Im Weiteren empfiehlt es sich grundsätzlich alle Ziele, nicht nur einzelne, mit eindeutigen Messkriterien zu qualifizieren. Das würde die Verbindlichkeit, die Motivation zur Zielerreichung und natürlich die strategische Handlungsorientierung deutlich verbessern. So frage ich mich zum Beispiel beim Bildungsziel M5, unter welchem Blickwinkel der bestehende Schulraum optimal genutzt würde? Ist dies ein pädagogischer, ein finanzieller oder gar ein „Aussenorts-solidarischer“-Blickwinkel? Hingegen sollten in Leitsätzen keine absoluten Messkriterien festgehalten werden. Dies ist jedenfalls meine Meinung. Insofern mutet es etwas seltsam an, dass gemäss Leitsatz zwei die Bevölkerungszahl von rund 11'300 Personen mindestens gehalten werden soll und doch ein Bevölkerungswachstum von 50 Personen pro Jahr angestrebt wird. Dabei ist insbesondere interessant, dass das Entwicklungsziel S1 mit zweiter Priorität ein eindeutiges Bevölkerungswachstum von jährlich 50 Personen vorsieht. Doch hier wird die Mindestanforderung von Leitsatz zwei nicht erwähnt. In der Entwicklung des Bevölkerungswachstums scheint sich der Gemeinderat noch etwas unschlüssig zu sein. Unklar fällt auch die Aussage in Leitsatz fünf aus. Es wird festgehalten, dass der Bevölkerung gute Dienstleistungen und Infrastrukturen zu angemessenen Steuern und Gebühren angeboten werden sollen. Was bedeutet angemessen? Wird dies im Vergleich zu einer anderen Gemeinde gemessen? Wird angemessen aufgrund der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde bewertet? Oder ist rein das Preis-Leistungs-Verhältnis der Dienstleistung angemessen? Dies wäre wichtig zu wissen. Je nachdem ergibt sich eine komplett andere strategische Ausrichtung und Massnahmenplanung. Ich finde es absolut richtig und sinnvoll, dass sich der Gemeinderat für die Priorisierung der Ziele entschieden hat. Ein gutes Vorgehen um die Wichtigkeit der Ziele zu dokumentieren und den Ressourceneinsatz nicht zu verzetteln. Umso mehr erstaunt es aber, dass gerade das Thema Führung als Muss-Ziel festgelegt wurde. Klar ist es wichtig, dass der Gemeinderat als verlässliche Kollegialbehörde reagiert und als bürgernah beurteilt wird. Aber Hand aufs Herz. Erstens: Dieses Ziel ist selbstverständlich und gehört, falls überhaupt, in einen Leitsatz oder ein –bild. Zweitens: Dient dies doch primär einem Selbstzweck und drittens ergeben sie sich von selbst, wenn die restlichen Ziele erreicht wer-

den. Wenig ambitiös fällt die Zieldefinition des Entwicklungszieles M3 aus. Es kann doch wirklich nicht sein, dass als Ziel in der Bevölkerung verankert werden soll, dass keine räumlichen Entwicklungen zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl und somit zu einem Rückschritt führt. Da frage ich mich, wo das Motiv bleibt, sich gemäss dem Zitat von Erich Fromm anzustrengen? Richtig bange wird es mir aber, wenn ich die Massnahmen rund um das Thema Finanzen betrachte. Konkrete wirkungsorientierte Massnahmen ergeben sich allenfalls aus OPTA und aus allfälligen Einsparungen aus dem Bildungsbereich. Das sind sehr minime Einsparungen. Meiner Meinung nach, zu wenig Einsparungen. So bleibt mir wenigstens die Hoffnung, dass sich mit der Ortsplanung bzw. mit der Teilortsplanung und der Realisierung des Standorts N9 auch die finanzielle Lage der Gemeinde positiv entwickeln wird.

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Ich möchte auch nur einmal am Rednerpult stehen und kann mich kurz fassen. Das vorliegende Papier zur Gemeindeentwicklung 2013-17 löst in der SP-Fraktion wenig Begeisterung aus. Es beinhaltet ein gemächliches Weiterführen der laufenden Projekte und beinhaltet keine Visionen, welche nach Erich Fromm gerade nötig wären, um sich anzustrengen. Dies wurde bereits von meinem Vorredner erwähnt. Die Ziele auf Seite fünf unter Ziffer 3.2, Ziele zweiter Priorität, Soll-Ziele müssen unserer Auffassung nach Ende 2017 erreicht sein. Sie müssten also als Muss-Ziele definiert sein. Hier wird vom Gemeinderat ein tatkräftiges Handeln verlangt. Bei der Seite 11, Massnahmenpaket „Zusammenleben“, wird als einzige Massnahme aufgeführt, dass auf den wichtigen Einfahrtsstrassen in der Gemeinde Worb deutlich sichtbar gemacht wird, dass man sich nun in der Gemeinde Worb befindet. Ist das eine Massnahme, bei der das Zusammenleben gefördert wird? In der SP-Fraktion wurde als positiver Punkt erwähnt, dass man vermehrt mit Vor- und Begleitgruppen arbeiten will. Die Bevölkerung soll vermehrt einbezogen werden und das ist gut so. Die SP-Fraktion ist gespannt zu sehen, wie es in der Gemeinde Worb Ende 2016 aussehen wird und nimmt das Papier Gemeindeentwicklung 2013-17 zur Kenntnis.

Suter Harry, EVP: Auch die EVP begrüsst das vorliegende Papier zur Gemeindeentwicklung. Insbesondere ist es auch eine Äusserung des neu zusammengesetzten Gemeinderates und es zeigt seine Ziele und Prioritäten. Es ist daher ein wichtiges Papier für die Gemeinde. Unter den Massnahmenpaketen fanden wir leider nichts zum Thema Soziales. Dies ist uns ein grosses Anliegen, insbesondere auch wenn man die Kostenseite betrachtet. Entweder haben wir die Seite dazu nicht gefunden oder der Wechsel der Departementsleitung verursachte hier eine Lücke. Sonst ist die Bandbreite der Ziele weit gefasst. Von der Bereitstellung von 200 Arbeitsplätzen bis zur gemeinsamen Identität der acht Ortschaften zu Worb. Die Umsetzung der Ziele und die entsprechenden Verwaltungsberichte werden wir aufmerksam verfolgen und beeinflussen wo es möglich ist.

Wermuth Bruno, SVP: Ich möchte dem Gemeinderat danken, dass er sich die Mühe gemacht hat, ein solches Papier zu erarbeiten. Dies geschah an vier Klausursitzungen. Das Papier ist offen formuliert, für mich zu offen. Es ist nicht klar ersichtlich, wohin der Weg der Gemeinde führt und was die Vorgaben sind. Das einzige, was klar ersichtlich ist, dass wir in vier Jahren genau zurückschauen und uns fragen: Was ist in den letzten vier Jahren geschehen bzw. umgesetzt worden? Wir hoffen, dass die Massnahmen umgesetzt werden. Als positiven Punkt hat Anneke die bürgernahe Information erwähnt. Der Gemeinderat muss aktiv auf die Bürger zugehen und informieren. Leider habe ich am Anfang dieses Jahres genau das Gegenteil erlebt. Auch wenn der Bürger dies wünscht und fordert, er wird nicht informiert. Ich hoffe, dass der gesamte Inhalt der Gemeindeentwicklung 2013-2017 gar nicht erst eintreffen wird, sondern dass die Entwicklung noch viel besser sein wird. Ich bin gespannt, welche Bilanz in vier Jahren erstellt werden kann. Ich bin mir bewusst, dass der Gemeinderat neu zusammengesetzt wurde und dass es Zeit braucht um sich zu finden. Besonders in der

schwierigen Situation, in welcher sich die Gemeinde befindet. Dennoch hätte ich konkretere Ziele und mehr Emotionen gewünscht.

#### Beschluss:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Gemeindeentwicklung 2013-2017.

## Informatik an den Schulen; Hardwareersatz: Erste Lesung, allenfalls Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	4	2013/17-49	437	13/11/1

#### Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

#### Detailberatung

Federer Guido, GPK: Der Botschaft liegt eine klare Ausgangslage mit einer guten Projektplanung zugrunde. Das vorbestehende Konzept wurde überarbeitet und an die heutigen Bedürfnisse angepasst. In einer Arbeitsgruppe wurden die Schulleitungen sowie die Lehrpersonen einbezogen. Die Kostenschätzung erfolgte auf der Basis einer sachverständigen Person. Dies beurteilen wir als sinnvoll, da die andere Variante die Schätzung über Richtofferten, die Folge haben könnte, dass Aussteller von Richtofferten für die nachfolgende Submission als befangen ausgeschlossen werden könnten. Gemäss Anregung der Finanzkommission sind die Kosten sowie die Folgekosten in der Botschaft enthalten. Eine Übersicht der totalen Folgekosten in Ziffer 6.2 fehlt jedoch. Die Finanzkommission hat aufgrund der schlechten Finanzsituation in der Gemeinde die Prüfung einer Etappierung des Projekts beantragt. Dies wurde geprüft und als nicht sinnvoll beurteilt. Eine kurze und diesbezügliche Information in der Botschaft wäre aus unserer Sicht informativ gewesen. Die finanzielle Belastung aus dem Geschäft ist ausgewiesen und in der Finanzplanung enthalten. Insgesamt informiert aus unserer Sicht die Botschaft gut und umfassend über das Projekt. In einem Punkt sind wir jedoch mit den Ausführungen in der Botschaft nicht einverstanden. Artikel 103 der kantonalen Gemeindeverordnung besagt, dass Geschäfte, welche keinen sachlichen Zusammenhang haben, auch nicht zusammen beschlossen werden dürfen. Aufgrund dieser Bestimmung möchte der Gemeinderat das Geschäft der Ersatzbeschaffung, welcher der GGR beschliessen muss, sowie die Erweiterungen aufteilen. Die Kosten der Erweiterung belaufen sich auf total CHF 149'000.- und fällt damit in die Kompetenz des Gemeinderates. Unabhängige Abklärungen des Gemeindeschreibers sowie der GPK beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) haben in einer ersten Lesung unterschiedliche Resultate zu Tage gefördert. Der Gemeindeschreiber erhielt die Auskunft, es muss getrennt behandelt werden. Die GPK erhielt die Auskunft, man könne sowohl getrennt wie auch zusammen bewilligen. Auf Nachfrage des Gemeindeschreibers einigte sich das AGR, dass sowohl als auch möglich sei. Wenn die Gemeinde aber eine Praxis hätte, dass dies immer getrennt behandelt werde, dann gilt diese. Es ist möglich, weil das Zusammenrechnenverbot in diesem Fall nicht relevant ist. Der Gemeinderat kann also in diesem Fall beide Varianten vorlegen. Aus Sicht der GPK macht es Sinn, wenn der GGR über die Erweiterung ebenfalls entscheiden kann. Aus diesem

Grund beantragt die GPK dem GGR, dem Geschäft unter Vorbehalt des folgenden Änderungsantrags zuzustimmen: Für den Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen und die Ausrüstung aller Klassenzimmer ab dem 3. Schuljahr mit fest installierten Beamern und die Erweiterung des Laptop-Pools im Primarstufenkreis Worb um 16 Geräte wird ein Verpflichtungskredit von CHF 839'000.- bewilligt.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Nichts ist so beständig wie die Veränderung – oder: nichts ist derart veraltet wie ein neuer Computer, den wir soeben im Fachgeschäft gekauft haben. Dies macht die Planung eines Hardwareersatzes an einer Schule wie der Worber Schule nicht einfach. Kommt hinzu, dass es beim ICT ist wie beim Fussball: jedermann ist Fachmann. Und die Frauen sind Fachfrauen. Die Computer an unserer Schule sind in die Jahre gekommen, zu einem guten Teil laufen sie nicht mehr zuverlässig. Das Aufstarten eines Gerätes dauert schier unendlich lange. Darum muss die sogenannte Hardware ersetzt werden. Dies steht auch im Informatikkonzept so geschrieben. Ursprünglich wollte man, wie es in der Wirtschaft üblich ist, machen, nämlich einen Totalersatz bereits nach sechs Jahren. Davon ist man in Worb, auch aus finanziellen Gründen, abgekommen. Man ersetzt nach vier Jahren die intensiv genutzten Geräte der Oberstufe und gibt diese an die Primarstufe weiter. Jetzt, nach acht Jahren Laufzeit, steht aber ein Gesamtersatz an. Im Vorfeld hat die Projektgruppe „Schulinformatik“ das Konzept aus dem Jahr 2005 überarbeitet. Das Informatikkonzept ist ein ausführliches Dokument. Einige finden gar, es sei zu ausführlich. Aus diesem Grund haben wir es nicht allen GGR-Mitgliedern verschickt, ihr habt es aber anfordern können. Davon wurde auch Gebrauch gemacht. Die Projektgruppe „Schulinformatik“ besteht aus den ICT-Verantwortlichen der Schule, sowie Vertretern der Gemeindeverwaltung, der Bildungskommission und der Schulleitungen. Hinzu kommt ein Sachverständiger, in unserem Fall ist das Thomas Morf, ein ausgewiesener Kenner dieser Materie. Er berät und betreut unzählige Schulen in der Schweiz. Er kennt die Materie sehr genau und kann auch mit anderen Schulen vergleichen. Projektleiter ist der Gemeindeschreiber Christian Reusser. Beim vorliegenden Geschäft stellt sich nicht die Frage, ob Informatikunterricht an Schulen sinnvoll ist oder nicht. Diese Frage hat bereits der für alle Berner Schulen verbindliche Lehrplan 95 klar beantwortet. Informatikunterricht ist an Bernischen Schulen ab dem 3. Schuljahr obligatorisch. Ich zitiere aus dem Kapitel Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT; Informatik): „Die Informations- und Kommunikationstechnologien werden gemäss Konzept der Schule spätestens ab dem 3. Schuljahr in den obligatorischen Unterricht integriert. Nach Möglichkeit wird bereits im 1. und 2. Schuljahr an den Zielen dieses Lehrplans gearbeitet. Die Richt- und die Grobziele sind verbindlich, beiden Inhalten können Schwerpunkte gesetzt werden.“ Wir kommen also nicht darum herum, unseren Schulen die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Zumal im Worber Bildungsleitbild steht, ich zitiere: „Die Gemeinde Worb verfügt über ein umfangreiches zeitgemässes Bildungsangebot von hoher Qualität. Dieses steht in grösstmöglichem Umfang an allen Schulstandorten zur Verfügung. Die Gemeinde Worb stellt sicher, dass zur Zielerreichung optimale Mittel und Rahmenbedingungen für Führung und Infrastrukturen zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden.“ In einer ersten Variante ging die Projektgruppe von Kosten in der Höhe von 1,1 Mio. Franken aus. Im Folgenden speckte man ab, ging vom Wünschbaren zum Nötigen, zum sogenannten Mindestbedarf zurück und kam so auf die Investitionssumme von CHF 690'000.-. Man hat – aus Spargründen – entschieden, die 1. und 2. Klassen nicht mehr auszurüsten. Gemäss Lehrplan ist das zulässig, aber letztlich unbefriedigend. Nun zeichnet sich aufs Mal eine Lösung ab, die ich sehr gerne ausprobieren möchte: die noch brauchbaren Geräte, vor allem die 4-jährigen aus der Oberstufe, sollen den 1. und 2. Klassen zur Verfügung gestellt werden. Mit einem sogenannten Lernstick lassen sich diese Geräte betreiben und nutzen. Der Gemeindepräsident und ich haben vor einer Woche diesen wundersamen Stick kennengelernt. Der Vorteil ist, dass bei diesen Sticks keine Lizenzen gekauft werden müssen, da dies eine sogenannte Open-Source-Lösung ist. Die Programme können heruntergeladen werden und sind dann auf diesem Stick enthalten. Vielleicht kommen wir im Verlauf der heutigen Diskussion noch

auf dieses Thema zu sprechen. Dies steht natürlich nicht im Konzept, da das Konzept viel früher abgeschlossen wurde. Wir werden dies aber sicherlich prüfen. Eine weitere Einsparung konnte im Schulzentrum Worboden erreicht werden: dank der Einrichtung eines flächendeckenden WLAN's kann auf ein Informatikzimmer verzichtet werden. Das WLAN kostet CHF 42'000.-, das Informatikzimmer hätte CHF 80'000.- gekostet. Zudem kann dieser Raum für die dringende Anpassung des Lehrer/innenzimmers genutzt werden. Nur so haben die Lehrpersonen genügend Arbeitsplatz zur Verfügung. Im Vorfeld, die Geschäftsprüfungskommission hat es schon angetönt und auch von der Finanzkommission, ist die Frage nach einer Etappierung aufgetaucht. Wir haben dies umfassend abgeklärt und kommen zur klaren Auffassung, dass eine Etappierung nicht sinnvoll ist. Ich weiss, dass dies in grossen Firmen so gemacht wird. Aber eine Swisscom ist nicht eine Schule. Beispielsweise Betriebssysteme ändern schnell, und es ist nicht praktisch, wenn innerhalb der Schulen in der gleichen Gemeinde mit verschiedenen Betriebssystemen gearbeitet wird. Letztlich kommt diese Variante sogar teurer zu stehen, da sie zu höheren Betriebskosten beim Herstellen der Kompatibilität und durch Umrüstungen der Geräte führt. Eine weitere Frage, die auftauchte, betrifft das Beschaffungswesen. Warum haben wir keine Offerte eingeholt? Dazu gibt es vorab zwei Gründe. Das öffentliche Beschaffungsrecht ist fast so kompliziert wie die Auskünfte des AGR. Für Aussenstehende nicht immer nachvollziehbar. Gemäss Kantonalen Vorgaben muss zuerst ein Rahmenkredit, darüber diskutieren wir heute Abend, eingeholt werden. Erst danach kann man das Submissionsverfahren einleiten. Wir haben diese Frage schon öfters hier im Parlament diskutiert. Andererseits fänden wir kaum eine Firma, die uns einen Kostenvoranschlag machen würde. Diese Firma könnte dann wegen Befangenheit bei der Vergebung des Auftrages nicht berücksichtigt werden. Und das will wohl kaum jemand. Wir stützen uns also auf Erfahrungswerte. Sollte schliesslich die eigentliche Beschaffung gar billiger kommen, dann ist gewiss auch niemand traurig. Ich komme zu den Fragen der GPK. Erstens: Zum Antrag, die drei Geschäfte Hardwareersatz, Beamer und Laptops miteinander zu behandeln. Abklärungen beim Amt für Gemeinden und Raumfragen (AGR) haben zu unterschiedlichen Antworten geführt. Vor wenigen Stunden ist nun folgende (dritte) Antwort eingetroffen von Monique Schürch, Fürsprecherin, Leiterin Gemeinderecht: „Entgegen meiner Auskunft vom letzten Donnerstag gehe ich aufgrund der mir jetzt vorliegenden Unterlagen ebenfalls davon aus, dass eine Zusammenrechnung nicht verboten ist, ein Sachzusammenhalt also besteht. Ich vertrete aber nach wie vor auch die Ansicht, dass sich eine Trennung der Vorlagen ohne weiteres ebenfalls vertreten lässt. Kurz: vorliegend ist sowohl das Zusammenrechnen zu einem Kredit als auch das beschliessen von zwei separaten Vorlagen rechtlich als zulässig zu bezeichnen. Eine Einschränkung ist jedoch zu machen: Sollte in Worb die Praxis bestehen, dass Ersatzbeschaffungen und Neuerungen/Erweiterungen immer getrennt beschlossen werden, ist diese Praxis massgebend. Die Gemeinde muss selbstverständlich bei sämtlichen Geschäften immer denselben Massstab anwenden. Ansonsten müsste hier bewusst eine Praxisänderung eingeläutet werden, an welche sich die Gemeindebehörden dann in Zukunft halten müssen.“ Diese Antwort hilft uns auch nicht wirklich weiter. Worb hat keine diesbezügliche Praxis. Ich kann aber sehr gut damit leben, die drei Geschäfte zu vereinen. Falls ein Erweiterungsgeschäft (Beamer oder Laptops) infrage gestellt werden, dann droht allerdings das ganze Geschäft abgelehnt zu werden. Eine Differenzierung ist nicht mehr möglich. Ich gehe aber davon aus, dass ihr die geplanten Erweiterungen akzeptiert. Die Beschaffung der Beamer kostet CHF 117'000.-, diejenige für die Laptops beträgt CHF 32'000.-. Es stellt sich aber die Frage, ob wir dann für künftige ähnliche Geschäfte gleich behandeln sollen, wollen oder müssen. Ich denke an Strassensanierungen, die mit einer Werkleitungssanierung gekoppelt sind. Hier haben wir schon so oft genau über diese Frage diskutiert. Zweitens: Die GPK vermisst die genauen Folgekosten. In der Botschaft steht unter Ziffer 6.2: "Für Software-Lizenzen beträgt die Jahrespauschale pro Computer-Arbeitsplatz für die Primarstufe CHF 100.- und für die Sekundarstufe CHF 170.-. Für das Verbrauchsmaterial liegt sie bei CHF 120.- pro Arbeitsplatz. Die Anzahl Geräte erhöht sich um 14 Stück. Die jährlichen Betriebskosten erhöhen sich um CHF 4'060.-." Daraus kann man ersehen, dass die Betriebskosten eines Geräts auf der Sekundarstufe CHF 290.- und auf

der Primarstufe CHF 220.- kosten. Auf der Sekundarstufe (inkl. Schulleitung und Hauswart) hat es 99 Geräte, auf der Primarstufe 193 Geräte. Das ergibt Betriebskosten von CHF 71'170.-. Zudem fallen unverändert Kosten für den Second-Level der Schulinformatik (Letec) in der Höhe von CHF 46'400.- an. Ich bin der Auffassung, dass das vorliegende Geschäft sinnvoll, nötig und zweckmässig ist. Es wurde in hohem Masse abgeklärt, verschiedene Varianten geprüft und verworfen. Aus diesem Grund bitte ich euch – auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler und der Lehrpersonen, dem Kredit in der Höhe von CHF 690'000.- oder – falls der Antrag der GPK angenommen wird – in der Höhe von CHF 839'000.- zuzustimmen. Sollten heute Sachfragen gestellt werden, die wir nicht überzeugend beantworten können, dann haben wir eine zweite Lesung im November vorgesehen.

Kämpfer Erwin, FDP: Das "Ici Fondeva" hat seinen Dienst schon längst erfüllt. Heute stehen ganz andere Lehrmittel und Lehrmethoden zur Verfügung. Dies ist das Rad der Zeit. Eine gute Bildung ist für den jungen Menschen ein zentrales Fundament, er kann damit entsprechend höhere Ziele anstreben und stellt danach der Gesellschaft sein erworbenes Wissen wieder zur Verfügung. Die Schule spielt hier eine entscheidende Rolle und steht am Ausgangspunkt, deshalb müssen die notwendigen Voraussetzungen auch entsprechend geschaffen werden. Wir von der FDP setzen uns von jeher für eine gute Bildung ein. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass die einzusetzenden Ressourcen, unter Berücksichtigung der übergeordneten Rahmenbedingungen, zurzeit betrifft dies insbesondere die Finanzen, geprüft werden. In einem Monat werden wir hier im Parlament über die Finanzen debattieren. Der Finanzplan 2013/17 sieht einen Betrag von CHF 750'000.- für die Ersatzbeschaffung der IT Schul-Hardware vor. Wie die GPK bereits aufgezeigt hat, gliedert sich der vorliegende Antrag in zwei Teile, nämlich unter 6.1 Einmalige Kosten von CHF 690'000.- und unter 5. Erweiterungen von CHF 149'000.-. Die sachliche Beziehung beider Ausgaben erscheint uns gegeben. Wir stellen deshalb fest, dass es sich um Kosten von total CHF 839'000.- handelt, das heisst um eine Überschreitung der im Finanzplan vorgesehenen Kosten von ca. 12 % oder CHF 89'000.-. Die FDP ist aufgrund dieser Voraussetzung der Ansicht, dass ohne Detailkenntnisse der Worber Finanzen, vorauseilend kein Kreditantrag mit einer Überschreitung des Finanzhaushaltes in dieser Grössenordnung bewilligt werden kann. Um zeitlich keine wesentliche Verzögerung zu verursachen und auch die notwendige Anschaffung nicht zu gefährden, sollte der vorliegende Antrag in einer zweiten Lesung, an der nächsten GGR-Sitzung behandelt werden. Vielleicht ist eine Beschleunigung möglich. Damit eröffnet sich die Chance, mit aktuellen Grundlagen, mögliche Alternativlösungen zu prüfen. Wir haben Kenntnis, dass solche Alternativlösungen von Vertretern des Lehrkörpers bereits angedacht und zum Teil geprüft wurden. Wir sind zudem überzeugt, dass bei einer Anschaffung in dieser Grössenordnung noch ein finanzielles Polster vorhanden ist und somit der vorgesehene Betrag von Fr. 750'000.- im Finanzplan eingehalten werden kann. Wir von der FDP möchten, dass gemäss Art. 45 der Geschäftsordnung des GGR, die Kreditbewilligung für die Informatik an den Schulen, Hardwareersatz, in einer zweiten Lesung zu behandeln. Folgende Voraussetzungen sollen dabei erfüllt werden: Die Vorlage ist als Gesamtbeschaffung auszuarbeiten. Die heutige Vorlage ist zu optimieren. In der Vorlage sind denkbare Alternativlösungen aufzuzeigen. Es wird eine begründete Empfehlung für eine Variante geliefert. Der Verpflichtungskredit soll maximal CHF 750'000.- betragen.

Hirsbrunner Bruno, SVP: Die SVP Fraktion stellt sich hinter die Meinung der GPK, dass die uns präsentierte Vorlage zur Informatik an den Schulen eine Mogelpackung ist. CHF 690'000.- für den Ersatz der im Jahr 2006 installierten Computer-Hardware und die 36 zusätzlichen Beamer, 16 Laptops und vier PC für geschätzte 149'000 Franken haben tatsächlich einen sachlichen Zusammenhang. Sie sollen unsere Schulen mit neuer und teurer Informatik ausrüsten. Aus dem vorliegenden Konzept der Firma Syteq aus Dürnten mit einer geforderten Investition von insgesamt CHF 900'000.- und jährlichen Folgekosten von CHF 111'900.- Franken geht nämlich gar nicht hervor, was als Ersatz zwingend und was als Ergänzung wün-

schenswert wäre. Die Latte für diese Vorlage, die wir nun diskutieren, stellte vielmehr der im Investitionsplan vorgesehene Betrag von CHF 706'000.- Franken dar. Damit das Konzept dann aufgeht, buttert der Gemeinderat in Eigenkompetenz nochmals CHF 150'000.- drauf, wohl in richtiger Annahme, dass die Schule mit CHF 840'000.- das volle Konzeptprogramm erhält, wenn man aus diesem die vorhandene heisse Luft ablässt. Unsere Fraktion will hier nicht den Eindruck wecken, dass wir mit unserer Kritik generell gegen Bildungsausgaben und im Speziellen gegen eine klug eingesetzte Informatik an den Schulen sind. Aber wir wehren uns gegen Augenwischerei. Denn das vorliegende Konzept erzählt nicht die ganze Wahrheit. Die radikale Erneuerung betrifft nämlich nicht nur Geräte aus dem Jahre 2006, sondern auch die vier Jahre jüngeren der Oberstufe und der Schulleitung von 2010. Dafür haben wir grosszügigerweise zu den Informatikinvestitionen von 1,23 Mio. Franken im Jahr 2006 weitere CHF 170'000.- im Jahre 2010 bewilligt. Das grosszügige Informatikerneuerungskonzept der Volksschule Worb besteht nämlich darin, dass auf der Primarstufe alle acht Jahre die Hardware ersetzt wird und auf der Oberstufe, 7. - 9. Klasse, alle vier Jahre. Rings um Worb schüttelt man den Kopf ob dieser generell verordneten Wegwerfmentalität, im Wissen wie reich dotiert unsere Gemeindekasse ist. Doch Fakt ist, dass diese Computer nach vier Jahren nicht einfach den Geist aufgeben. Und die Informatikbeauftragten der Schulen dieser Wegwerfmentalität nicht so radikal nachleben. Wir haben vernommen, dass diese Computer dann in der 1. und 2. Klassen installiert würden. Dort also, wo die Vorlage uns weismacht, dass nun aus Spargründen keine Computer mehr stehen sollen. Wir wollen den Konzeptverfassern nicht einfach bösen Willen unterstellen, doch es mutet in dieser Sache seltsam an, dass der gesamte installierte Computerpark in der Inventarliste - diese ist dem Konzept als Anhang 2 von insgesamt 7 Anhängen angeführt - dem Geburtsjahr 2006 zugerechnet und im Zustand mit einer drei klassiert wird. Leider konnten die Sachverständigen weder auf der Gemeinde noch in der Schule, uns sagen, was mit Note 3 gemeint ist. Unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen die labyrinthmässig verschlüsselte Finanzierung. Wir haben im Konzept die Meinung der Lehrer vermisst, die uns wenn auch nur in groben Zügen mitteilen, in welchem Bereich sie die Informatik als unentbehrlich erachten und wo sie die Informatik mit Gewinn zum Lernstoff einsetzen. Die Abteilung Entwicklung und Evaluation der Pädagogischen Hochschule Bern teilt unsere Auffassung, dass eine solche Reflexion bei einer Neuanschaffung dazugehört. Nun, ihr habt das Konzept auch gelesen. Wir erfahren einfach, wozu die Informatik in der Schule dienen kann und erhalten dann die Ersatz- und Ergänzungswunschliste. Inhaltlich identische Sätze der Konzeptverfasserin Syteq finden sie auch in Konzepten für andere Gemeinden. So etwas nennt man Selbstplagiat. Unsere Auffassung zur Informatik in der Schule: Im Kanton Bern gibt es kein einziges Lehrmittel, das den Einsatz von Informatik obligatorisch vorsieht. Es gibt ergänzende Software, sicher einige gute, die man gewinnend einsetzt und viele überflüssige. Aber generell, das ist auch die Auffassung der Berner Erziehungsdirektion, stellen sich die Pädagogen inzwischen kritisch zum E-Learning. Unsere Kinder, so die Kritik in Betrieben, können oft keine zusammenhängende Texte mehr lesen. Ihre Überlegungen sind kurzatmig wie das Zwitschern auf Twitter und das Schreiben von SMS. Die Lehrer in Worb wissen davon zur Genüge; sie wissen auch, dass der kantonale Informatiklehrplan, wonach in der Schule in die Anwendung und Nutzung der Informatik einzuführen ist, meist offene Türen einrennt. In der Oberstufe wissen die Schüler davon meist mehr als die Lehrer, zumindest in technischer Hinsicht. Nun daraus unsere abgeleiteten Anträge: Wir stellen somit Antrag auf eine 2. Lesung. Die neue Vorlage präsentiert ein Gesamtpaket, das sich an den im Finanzplan vorgesehenen Investitionen von 706'000.- Franken hält. Jede Schule soll in Eigenkompetenz den ihr zukommender Betrag für Ersatzgeräte nutzen können. Die Möglichkeit steht also beispielsweise offen, Beamer an der Stelle von weniger Laptops anzuschaffen. Es soll eine Open-Source-Lösung eingesetzt werden, welche jährlichen Folge-

kosten um CHF 54'000.- für Lizenzgebühren entlastet. Kürzlich hat die GIBB in Bern, die Gewerbliche Industrielle Berufsschule, eine Open-Source-Lösung eingesetzt.

Fröhlich Viktor, SP: Die aktuellen Lehrmittel in unseren Schulen erfordern ICT. Auf der Website der Erziehungsdirektion des Kantons Bern (ERZ) kann nachgelesen werden, dass das neue französische Lehrmittel explizit auf digitalen Technologien abstützt. Französisch wird ab dem Schuljahr 2011/12 ab der 3. Klasse unterrichtet. Die SP-Fraktion unterstützt grundsätzlich das Ansehen den Unterricht an unseren Schulen durch Anschaffungen neuer Hardware aufzuwerten. Nur tauchen für uns ein paar Fragen auf. Warum sind im vorliegenden Antrag keine Beamer enthalten, welche im ICT-Konzept der Gemeinde ausdrücklich erwähnt sind? Gerade auf der Primarstufe seien diese sehr wichtig, wie mir zwei Schulleiter bestätigt haben. Weshalb dieser Wechselrythmus, dass die Geräte auf der Primarstufe alle acht Jahre und bei der Oberstufe alle vier Jahre ersetzt werden? Bereits in vier Jahren haben wir zwei verschiedene Gerätegenerationen in jedem kleinen Schulnetz. Weshalb tauscht man die Geräte nicht in längeren Intervallen aus, dafür aber in jeder Schule alle Geräte ausgetauscht? Beispielsweise in einem Jahr die Schulen A und B, dann die Schulen C und D usw. Dann wären alle Geräte der Schule auf dem gleichen Standard und die jährlichen Ausgaben für die Finanzabteilung wären auch übersichtlicher. Was passiert eigentlich mit den Geräten, die laut Plan in jetzt vier Jahren ausgemustert werden? Wie bereits einleitend gesagt unterstützt die SP-Fraktion das Geschäft, fordert aber unter Berücksichtigung der dargestellten Fragen eine zweite Lesung.

Brook Liechi Vanessa, GLP: Es ist unbestritten, dass es in der heutigen Zeit eine IT-Infrastruktur in den Schulhäusern braucht. Es ist auch durchaus nachvollziehbar, dass Geräte aus dem Jahr 2006 ersetzt werden müssen. Trotzdem, bei der finanziellen Lage der Gemeinde erscheint es mir wichtig, ein Geschäft von fast CHF 700'000.- genau anzuschauen. Die in der Botschaft in Tabellen dargestellten Kosten sind für mich teilweise unklar. Unter Punkt "6.2 Betriebskosten" werden Software-Lizenzen pro Computer-Arbeitsplatz erwähnt. Handelt es sich hier um Workstations, also Desktops, oder handelt es sich um Lizenzen für Laptops? Dies ist unklar für mich. Weil was ist dann mit den „15 Softwarepaketen“ für Neugeräte unter Punkt "6.1.10 Schulanlage Worboden" gemeint? Handelt es sich hier um Software für Laptops? Falls ja, sind in den CHF 1'500.- pro Laptop die Software-Lizenzen grundsätzlich nicht enthalten? Wie gesagt, für mich ist die Darstellung in den Tabellen nicht ganz klar. Ich meine, unter Punkt "6.2 Betriebskosten" ist die Rede von 14 neuen Geräten. Aber wir haben dann 15 Software-Pakete. Deshalb meine Frage an die Finanzkommission: Wie beurteilt sie die vorliegende Botschaft? Nicht inhaltlich, sondern die in den Tabellen aufgeführten Kosten. Vielleicht kann sie mir einen besseren Einblick geben.

Suter Harry, EVP: Es ist schwierig zum Schluss noch etwas anzufügen. Aber wie Christoph gesagt hat, jeder ist ein Fachmann. Die Informatik an den Schulen ist zweifellos ein aktuelles und auch teures Thema. Aus der finanziellen Sicht der Gemeinde können wir nur hoffen, dass diese Welt zukünftig so selbstverständlich ist, dass jeder Schüler sein Gerät mitnimmt und die Gemeinde keinen Beitrag an das Gerät leisten muss. Soweit sind wir aber nicht. Rein inhaltlich und zur Sachlage ist die Informatik an den Schulen thematisch unbestritten. Die EVP-Fraktion hat sich beim Kapitel „Betriebskosten“ geärgert. Dies ist sehr rudimentär beschrieben. Doch genau dies sind die Folgekosten in den nächsten Jahren. Es ist pro Gerät ausgeführt, die Gesamtkosten fehlen bzw. die Erhaltungshaltung war vielleicht, dass jeder Parlamentarier die Stückzahlen mal die Softwarekosten und somit die Kosten selber ausrechnet pro Schule. Der Departementsvorsteher hat es heute Abend noch aufgeführt, aber wenn ich beim ICT-Konzept nachschaue, sind die CHF 20'000.- für den Internetzugang verschwunden. Bei den Betriebskosten werden nämlich Software-Lizenzen und Verbrauchsmaterial. Die Internetkosten, welche im Konzept speziell aufgeführt sind, sind verschwun-



den. Diese Kosten generieren sich aus der sichereren Variante, da die Gemeinde nicht die Gratislösung will. Ich bin froh, wenn dies noch bearbeitet wird. Es kann ja sein, dass dies im überarbeiteten Konzept vergessen ging. Das Zusammenführen der Laptop und Beamer gehe ich auf die gleichen Voten zurück, welche Christoph erläutert hat. Es bestehen dann die gleichen Laptops, die gleichen Treiber, das gleiche Aufsetzen und das gleiche Image. Also inhaltlich sind wir auch dafür, dass die Beamer/Laptops zusammengefasst werden. Aus diesen Gründen unter Berücksichtigung des Finanzplanes wäre eine zweite Lesung sicher sinnvoll. Betreffend dem Vorschlag der SVP mit der Open-Source-Lösung. Wenn wir beim Papier der ICT-Fachstellenleitung der Erziehungsdirektion des Kantons Bern (ERZ) nachschauen, könnte es sein, dass die Bildungsprogramme bei der Lösung mit Open-Source nicht funktionieren würden. Dann wäre diese Lösung nicht sinnvoll. Es ist also zu berücksichtigen, mit welchen Programmen die Schulsoftware betrieben werden kann. Gemäss dem Informationsblatt des Kantons Bern sieht das alles nach Microsoft aus und da steht ebenfalls, dass die Schulen aktuell keine Lizenzen beschaffen sollen, bevor die neuen Verträge bestehen. Diese Informationen habe ich auf der Website der ERZ gelesen. Grundsätzlich ist das Geschäft von uns nicht bestritten, aber die Betriebskosten müssen klar aufgeführt werden. Die Folgekosten von 8 mal 120'000.- gibt dann ebenfalls einen Betrag in der Millionenhöhe. Es sind also nicht nur die Investitionskosten zu berücksichtigen.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Vielen Dank für eure angeregte Diskussion und eure Vorbehalte. Ich kann damit ganz gut leben. Für mich ist aber ganz klar, dass wir die einzelnen Fragen, welche aufgetaucht sind, heute nicht beantworten können. Dies wird an einer zweiten Lesung geschehen. Ob diese bereits im November 2013 stattfinden kann, bin ich nicht sicher. Denn zum Teil werden grundlegende Sachen infrage gestellt. Wenn wir ein neues Konzept erstellen sollen, dann reicht die Zeit wohl nicht. Betreffend der Bemerkung Mogelpackung und Augenwischerei. Damit habe ich etwas Mühe!

Beschluss zum Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission, dass für den Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen und die Ausrüstung aller Klassenzimmer ab dem 3. Schuljahr mit fest installierten Beamern und die Erweiterung des Laptop-Pools im Primarstufenkreis Worb um 16 Geräte ein Verpflichtungskredit von CHF 839'000.- bewilligt wird:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zur Frage der Vorsitzenden, ob zur Ersatzbeschaffung der Informatik an den Schulen eine zweite Lesung stattfinden soll:

Der Frage wird grossmehrheitlich zugestimmt. Somit findet eine zweite Lesung statt.

## Postulat der EVP-Fraktion betreffend Platzprobleme im Schulhaus

### Enggistein

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	5	2013/17-50	823	32/2/1

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: In Richigen und Wattenwil wurde vor Jahren die Dachgeschosse der jeweiligen Schulhäuser in Mehrzweckräume ausgebaut. Ein gleichwertiges Projekt bestand damals auch für Enggistein. Dies wurde aber zurückgestellt. Im Schulhaus Vielbringen stehen ein Doppelschulzimmer, das Musik- oder das Zeichenzimmer zur Verfügung. In Ried und Wattenwil-Bangerten sind Räume ausschliesslich für Anlässe der Dorfbevölkerung vorhanden. In Enggistein steht nun seit der Auflösung des Kindergartens das dadurch frei gewordene Zimmer als Mehrzweckraum zur Verfügung. Nebst der Schule waren auch der Dorfverein und die Kirchgemeinde froh über das neue Angebot der Mitbenutzung, war doch im Dorf kein geeigneter Raum zur Nutzung auszumachen. Seit Mitte August des letzten Jahres sind nun Integrationsklassen mit Kindern aus dem Durchgangszentrum im Schulhaus untergebracht. Aus Platzmangel wurde eine solche Klasse im Mehrzweckraum einquartiert. Das vollständig eingerichtete Klassenzimmer muss nun vor und nach jedem Anlass durch die Lehrerin und die entsprechenden Benutzer umfunktioniert werden. Eine für alle beteiligten Personen unangenehme Situation. Es ist uns ein Anliegen, dass auch in Enggistein ein Angebot vorhanden ist, das den Bedürfnissen der Schule und der Dorfbevölkerung genügt. Aus diesem Grund bitten wir den Gemeinderat im Interesse der Gleichbehandlung der Aussenorte die Situation in Enggistein zu prüfen. Im Weiteren interessiert uns im Zusammenhang mit der Worber Finanzlage sehr, wer die anfallenden Kosten der Integrationsklassen begleicht? Wie zum Beispiel Ausgaben für zusätzliches Mobiliar, Schulmaterial, einrichten und benutzen der Klassenzimmer. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass die Gemeinde hier noch bluten muss. Wir bitten um Unterstützung unseres Postulats.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Der Gemeinderat ist bereit, die im Postulat verlangten Abklärungen vorzunehmen. Er beantragt also die Erheblicherklärung des Vorstosses. Ich möchte aber bereits jetzt darauf hinweisen, dass nach geführten Vorgesprächen mit der Schule und dem Dorfverein Enggistein der Handlungsspielraum angesichts der baulichen wie auch der finanziellen Situation der Gemeinde sehr eingeschränkt ist.

Schweizer Hans Peter, FDP: Die FDP hat volles Verständnis für die Platzprobleme im Schulhaus Enggistein. Die Schule Enggistein hat vor der Wiedereröffnung des Durchgangszentrums im Gutshof sicher relativ komfortable Verhältnisse gehabt. Nun hat sich die Situation schnell verändert, weil der Kanton zu einem grossen Teil Familien im Gutshof einquartiert hat. Dadurch hat die Schule zwei Räume für Integrationsklassen abgeben müssen. Die momentane Situation ist also durch den Kanton verursacht worden, ohne dass wir Einfluss nehmen konnten. In erster Linie müssen unsere Schulhäuser der Schule und der Bedürfnisse der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Dementsprechend müssen für die Bedürfnisse des Kantons Alternativen vom Kanton gesucht werden. Im Weiteren wissen wir nicht, wie sich die Situation im Durchgangszentrum in Zukunft entwickelt. Die Möglichkeit besteht, dass das Durchgangszentrum in ein paar Monaten geschlossen wird oder die Familien in geeigneten Räumlichkeiten, ausserhalb unserer Gemeinde, verlegt werden. Die Gemeinde Worb hätte in diesem Fall nur leerstehende Räume, welche sie durch grosse finanzielle Aufwendungen erstellt hat. Für den Schulbetrieb sind heute kaum Einschränkungen hinzunehmen und die Schule bietet auch Hand, die Räume für öffentliche Anlässe zur Verfügung zu stellen. Wir empfehlen dieses Postulat abzulehnen.

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Ich habe den Voten von meinen Vorredner wenig anzufügen. Die finanzielle Lage in der Gemeinde ist schlecht, Ausbaupläne zu erarbeiten braucht Zeit und diese liegen dann vielleicht erst in zwei bis drei Jahren vor. Es ist ungewiss, wie lange die Asylanten noch in Worb bleiben. Somit ist nicht sichergestellt, ob die Ausbaupläne nötig sind, und es macht keinen Sinn, die Verwaltung mit diesem Aufwand zu belasten. Ein Argument war auch noch das Wahllo-

kal. Wie bekannt ist, wird das Wahllokal auf Ende 2013 geschlossen. Die SP-Fraktion wird das Postulat auch nicht überweisen.

Stucki Simon, SVP: Wir erachten es als wichtig, dass die Bevölkerung von Enggistein einen Raum zur Verfügung hat. Eine Verdrängung der Bevölkerung und der Schulklassen durch die Integrationsklassen ist für uns sehr bedenklich. Da wir wissen, dass es mit den finanziellen Mitteln eher schwierig ist, hatten wir in der Fraktion Mühe, uns für diesen Antrag durchzuringen und geben deshalb eine Stimmfreigabe.

Beschluss:

Das Postulat der EVP-Fraktion betreffend Platzprobleme im Schulhaus Enggistein wird mit 23 zu 14 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

## Interpellation der SP-Fraktion betreffend Tour de Suisse – Keine finanzielle Beteiligung der Gemeinde

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	6	2013/17-51	866	14/20/0

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Als ehemalige Profiradrennfahrerin liegt es mir persönlich fern mich gegen eine Durchführung des Zeitfahrens der TdS in Worb 2014 zu stellen. Und so, bin ich überzeugt, geht es auch dem grössten Teil der hier anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Das Durchführen dieses Anlasses, möchte ich hier noch einmal betonen, sei auch absolut nicht in Frage gestellt, obwohl man sich aus rein ethischen Gründen schon überlegen könnte, ob es vertretbar ist eine Sportart, die in den letzten Jahren mehr Geschichten über Doping als über sportliche Erfolge geschrieben hat zu unterstützen. Dass Worb wirtschaftlich einen nachhaltigen Nutzen aus diesem Anlass tragen wird, wage ich ebenfalls zu bezweifeln. Überlege sich doch jeder schnell in welchen Ortschaften in den letzten drei Jahren das Zeitfahren der TdS durchgeführt wurde. Wer weiss es noch? Aber Sinn oder Unsinn dieses Anlasses soll ja hier auch nicht das Thema sein. Als Parlamentarierin oder Parlamentarier ist es jedoch unsere Aufgabe, uns um die Finanzen von Worb zu kümmern und unseren Steuerzahlern klar darzulegen und ihnen Rechenschaft darüber abzulegen, wofür ihre Steuergelder eingesetzt werden. Dies umso mehr, als die heutige finanzielle Situation von Worb keinen Platz mehr lässt für "Nice to have"- Geschäfte. Gut möglich, dass diese Interpellation spiessig tönt, auch gut möglich, dass wenn man von Anfang an klare Informationen erhalten hätte, der Gemeinderat von Anfang an klar kommuniziert hätte, diese Interpellation absolut überflüssig gewesen wäre. Und genau aus diesen "hätte und wäre Gründen" ist es der SP Worb wichtig, dass der Gemeinderat bezüglich der finanziellen Beteiligung der Gemeinde an diesem Anlass endlich klar und offen Stellung bezieht. Diese Interpellation soll klären, mit welchem Budget und mit wessen Geld plant sich der Gemeinderat an der Durchführung des Zeitfahrens der TdS 2014 in Worb zu beteiligen. Erstens: Welchen nachhaltigen wirtschaftlichen Nutzen verspricht sich der Gemeinderat aus diesem Anlass spezifisch für Worb. Zweitens: Übernimmt die Gemeinde die Defizitgarantie, da der Verein Worb Event für ein allfälliges Defizit kaum selber aufkommen kann. Drittens: Wie wirkt sich dieser Anlass auf die Kosten der Baustellen (Hochwasserschutz, Umfahrung) aus? Viertens: Wie viel nicht deklarierte Kosten entstehen der Gemeinde durch diesen Anlass (Stunden Weggruppe, Fahrzeuge Weggruppe, Polizei, Sicherheit etc.). Sollten diese Fragen zur Zu-

friedenheit aller beantwortet werden können, möchten wir dem Verein Worb Events bereits jetzt ein herzliches Dankeschön für sein grosses Engagement ausdrücken. Dem Gemeinderat möchten wir einmal mehr auf den Weg geben, dass die Bevölkerung sowie das Parlament ein Anrecht auf offene, saubere und klare Kommunikation hat. Nicht nur über Vergangenes, sondern vor allem über Geplantes. Danke.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich beziehe mich auf die Fragen, welche schriftlich eingereicht worden sind. Auf die neuen Fragen gebe ich keine Stellungnahme ab. Der Gemeinderat hat im Mai 2012 der Tour de Suisse bestätigt, dass sich die Gemeinde Worb als Etappenort der Tour de Suisse 2014 zur Verfügung stellt, falls sich ein freiwilliges Organisationskomitee (OK) finden lässt. Das freiwillige OK hat seine Arbeit an seiner Sitzung vom 11. April 2013 aufgenommen. Die aktuelle personelle Zusammensetzung des OK wird projiziert (Foliensammlung. Die Protokollführerin). Ich freue mich ausserordentlich, dass der OK-Präsident Herr Halbeisen unter uns ist. Zu diesem Zweck ist am 11. Juni 2013 der Verein WorbEvent gegründet worden. Mitte August 2013 ist dann das Beitragsgesuch des Vereins WorbEvent bei uns eingetroffen. An seiner Sitzung vom letzten Montag, 2. September 2013, hat der Gemeinderat diesem Gesuch stattgegeben und dem OK einen Beitrag von CHF 20'000.- an die Kosten des Events Tour de Suisse 2014 in Worb bewilligt. Erstens: Das Gesuch des Vereins WorbEvent hat der Gemeinderat wie alle anderen Beitragsgesuche behandelt. Massgebend ist dafür die auf der Website aufgeschaltete „Richtlinie zur Behandlung und Beurteilung von Unterstützungsgesuchen“ vom 25. Februar 2005. Demnach muss ein Anlass folgende Kriterien erfüllen, damit er unterstützt werden kann. Der organisierende Verein oder die organisierende Trägerschaft ist in der Gemeinde Worb ansässig oder der Anlass findet in der Gemeinde Worb statt. Es handelt sich um einen kulturellen oder sportlichen Anlass. Der Anlass spricht eine breite Öffentlichkeit an. Der Anlass ist politisch und konfessionell neutral und nicht kommerzieller Natur. Der Anlass ist geeignet, das Wir-Gefühl in der Gemeinde zu stärken. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Organisation des Events „Tour de Suisse in Worb 2014“ durch den Verein WorbEvent alle diese Kriterien erfüllt. Es kann hierzu erwähnt werden, dass Beiträge an wirtschaftliche, kulturelle oder sportliche Veranstaltungen in der Gemeinde die Jahresrechnung generell nicht belasten. Sie werden zu Lasten zweckgebundener Fonds finanziert. Die bewilligten CHF 20'000.- liegen innerhalb der gemeinderätlichen Kreditkompetenz, die gemäss Art. 57 Bst. a der Gemeindeverfassung für einmalige Ereignisse bekanntlich bis CHF 150'000.- reicht. Der konkrete Nutzen besteht darin, dass sich die Gemeinde Worb und die gesamte Region als Austragungsort eines Einzelzeitfahrens während einem Tag der ganzen Schweiz präsentieren kann. Gemäss Bevölkerungsbefragung wünscht sich ein Drittel durchaus mehr kulturelle Anlässe bzw. Sport- oder Freizeitanlässe. Der Gemeinderat begrüsst die Chance, die Gemeinde Worb und die Region ortsmarketingmässig ins öffentliche Rampenlicht zu stellen. Worb und die Region zeigen sich so in einem positiven Licht, als eine positive denkende und anpackende Region, die fähig ist, einen solch grossen und bedeutenden Anlass zu organisieren. Die örtlichen Unternehmen verdienen es, dass sie und ihre Arbeit auch einmal auf diese Weise der Öffentlichkeit präsentiert werden. Noch ein persönliches Wort: Mir scheint, dass sich Worb endlich von diesem alten, „das können wir sowieso nicht“ verabschieden sollte. Ich erachte es als einen grossen Erfolg, dass wir das Zeitfahren nach Worb gebracht haben. Als Etappenort ist man erfahrungsgemäss eher kurz im Rampenlicht. Start und Zielfahrt sind jeweils recht rasch vorbei. Das Zeitfahren dauert wesentlich länger. Worb wird während längerer Zeit immer wieder zu sehen sein. Diese Chance bietet sich ganz bestimmt für lange Zeit nicht mehr. Jetzt müssen wir sie packen. Dass dies aber mit viel Arbeit zu tun hat, das ist den Mitgliedern des OK bestens bewusst. Sie sind aber bereit, diesen Effort zu Gunsten von Worb zu leisten. Dies ist übrigens auch der Grund für ihr Engagement. Es ist nicht das Interesse am Radsport. Im Zentrum steht die Präsentation von Worb vor der ganzen Schweiz und weit darüber hinaus. Der Gemeinderat bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Mitgliedern des Vereins WorbEvent, dass sie sich bereit erklärt haben, diese grosse und herausfordernde

Arbeit an die Hand zu nehmen und das ehrgeizige Ziel eines Zeitfahrens in unserer Region zu realisieren. Dieses grosse nebenamtliche Engagement verdient Anerkennung, Dank, Respekt, Wertschätzung und Unterstützung. Dass die Tour de Suisse ein imposanter Anlass ist, zeigen folgende Fakten und Zahlen: Es ist der grösste und populärste Schweizer Sportanlass. Es ist mit über 1 Mio. Zuschauern an der Strecke und im Start- und Zielbereich vermutlich das grösste jährlich stattfindende Volksfest der Schweiz. Es ist der einzige Sportanlass, der die ganze Schweiz durchquert. Es ist das viertgrösste Profiradrennen der Welt. Es sind neun Tage Spitzensport mit über 400 akkreditierten Presseschaffenden. Und schliesslich erfolgt eine TV-Berichterstattung in 132 Länder. Der Gemeinde Worb entstehen keine direkten Unkosten. Die Kosten für Aufbau, Abbau, Sicherheit und Verkehr sind im Budget von WorbEvent enthalten. Die Weggruppe beteiligt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten unentgeltlich an den Arbeiten wie Aufstellen der Beschilderung für Umleitungen, Beflagung, Strassenreinigung usw. im Zusammenhang mit dem Event. Die Streckenführung des Zeitfahrens wird durch die TdS mit der Kantonspolizei ausgearbeitet. Das OK spricht aber bei der Anordnung des Start- und Zielbereichs gewichtig mit. Gemäss Meinung des OK wird auf der Bahnhofstrasse gestartet, die Reise geht weiter nach Enggistein und das Ziel befindet sich zwischen Dorfschulhaus und Feelgood. Die Fahrer werden von der Blümlisalp- und Schulhausstrasse her einfahren. Die Bauarbeiten zur Verkehrssanierung und zum Hochwasserschutz müssen aufgrund dieses Anlasses nicht gestoppt werden.

## Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Wislepark AG – Temperaturen Badewasser im Sommer

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	7	2013/17-52	919	10/10/11

„Die Worberinnen und Worber sind bereits das zweite Jahr mit 30 Grad warmem Badewasser im Hochsommer konfrontiert. Die Grünliberalen finde es bedenklich, in den heissesten Monaten Kunsteis zu produzieren, damit eine russische Hockeymannschaft auf der Worber Kunsteisbahn trainieren kann. Beim Herstellen von Kunsteis entsteht Abwärme, welche zu einem grossen Teil ins Badewasser fliesst. Im Herbst ist das ein willkommener Nebeneffekt. Im Sommer aber, bei Lufttemperaturen bis über 30 Grad, fallen bei der Produktion und zum Erhalt des Eises riesige Energiemengen an. Abgesehen vom ökologischen Unfug hinterfragen die Grünliberalen den wirtschaftlichen Nutzen. Das Aktienkapital der Wislepark AG beträgt CHF 4,995 Mio., wovon CHF 4,89 Mio. im Besitz der Gemeinde Worb sind. Deshalb verlangen wir vom Gemeinderat Antwort auf folgende Fragen:

1. Wie hoch sind die Einnahmen betreffend Kunsteisbahn im Juli und August?
2. Wie hoch sind die Kosten für die Produktion von Kunsteis im Sommer bezüglich Energie- und Wasserverbrauch, Maschinenkosten und allfälligen zusätzlichen Arbeitsstunden des Personals?
3. Wie viel Frischwasser braucht es zum Kühlen und wie hoch sind die Kosten für das chemische Aufbereiten?
4. Woher kommt das viele Frischwasser; wird Trinkwasser benutzt?
5. Gewinn in CHF nach Abzug sämtlicher Kosten?
6. Wird die Kunsteisbahn auch in den nächsten Jahren im Sommer vermietet und somit Kunsteis in den Sommermonaten produziert?“

## Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Schulwegsicherung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 345	09.09.2013	8	2013/17-53	920	56/13/0

„Seitdem bekannt ist, dass der Gemeinderat eine Verlegung der Oberstufe von Rüfenacht nach Worbboden prüft, ist eine heftige Diskussion über die Schulwegsicherung zwischen Rüfenacht und Worb entstanden. Uns ist bekannt, dass hier eine gute Lösung gesucht wird. Aber auch in anderen Gemeindeteilen bestehen gefährliche Velostrecken für SchülerInnen, da der Autoverkehr stets zunimmt. Als Beispiele

- Strecke Enggistein-Worboden: Im unteren Teil ist die Enggisteinstrasse sehr schmal.
- Strecke Sonnhalde-Wydenschulhaus, die über die stark befahrene Bollstrasse und Bahnhofstrasse führt.
- Strecke Richigen Richtung Worboden, die über die Richigen- und Bernstrasse führt.
- Strecke Lindhalde-Worboden via Dorfzentrum.
- Strecke Rubigenstrasse Richtung Wydenschulhaus

Die Tagesschule im Schulhaus Zentrum liegt zwar zentral, doch sind auch die Wege dorthin nicht ungefährlich. Die Jugendlichen kommen aus allen möglichen Richtungen. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Worb sichere Verbindungswege für velofahrende SchülerInnen geschaffen werden und dass andere Verkehrsteilnehmer stärker für die problematischen Schulwege sensibilisiert werden?“

Sitzungsende 21:25 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Christa Kühn-Blank  
Präsidentin

Monika Gfeller  
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 14. Oktober 2013.

Thomas Wälti  
Sekretär